



## Regierungsratsbeschluss vom 22. März 2016

Änderung des Fernmeldegesetzes; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

---

P152013

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf zur Weiterleitung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK.

### Begründung

Im Rahmen der Vernehmlassung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation spricht sich der Regierungsrat im Grundsatz für die vorgeschlagenen Änderungen im Fernmeldegesetz aus. Die Überarbeitungen im Zusammenhang mit der Netzinfrastruktur und dem Netzzugang schaffen die Grundlage, die bestehende Infrastruktur effizienter zu nutzen, unnötige Arbeiten zu vermeiden und den Wettbewerb unter den verschiedenen Fernmeldediensteanbietern zu verstärken sowie den Zugang für alle Anbieter bis zu den Endkunden zu ermöglichen. Ebenfalls zu begrüßen ist die Stärkung des Konsumentenschutzes. Ergänzend wird ein Antrag zum Einsatz von Konzessionsgebühren für flankierende Massnahmen im Bereich des Mobilfunks gestellt.

